

Pflegepolitik

Benediktbeuern: Heiße Diskussionen um NRW-Pflegepolitik

Protagonisten aus NRW sorgten für heftige Diskussionen bei dieser traditionellen Tagung im oberbayerischen Kloster Benediktbeuern. **Aachener Grund-Chef Georg Heinze** hatte auf die Kontroverse von Politik und Markt gesetzt und einen Volltreffer gelandet. **Markus Leßmann**, Leiter der Abteilung Pflege im NRW-Sozialministerium, war aus Düsseldorf angereist, um neben seiner Einschätzung der Pflegereform auf Bundesebene auch seine Position in der immer noch laufenden Diskussion um das **GEPA**, speziell die APG-DVO, darzustellen. Die Kritik seitens der Investoren und Betreiber formulierte ein Expertendoppel aus Köln: **Hermann Josef Thiel** und **Markus Bienentreu** von **Terranus**. Sie machten an Fallbeispielen deutlich, welche Auswirkungen die Einführung der **APG-DVO** auf die Marktakteure haben wird.



Heiße Diskussionen im Kloster Benediktbeuern

Naturgemäß verteidigte **Leßmann** den Entwurf des Ministeriums. Ziel sei die Schaffung von von mehr Wettbewerb und Wahlfreiheit für die Pflegebedürftigen und ihre Angehörigen, und da eine ausreichende Zahl an stationären Pflegeplätzen in NRW vorhanden sei, solle die massiv steigende Nachfrage in den nächsten Jahren mit einem Ausbau der ambulanten Betreuungs- und Pflegestrukturen bedient werden. Er blieb dabei: keine Neubauimpulse (AfA 2%), aber verbesserte Möglichkeiten zur Modernisierung der Bestandshäuser (AfA 4%). Das soll für die stationäre Infrastruktur ausreichen. Die lebhaft diskutierte Refinanzierungsmodalitäten, in denen sich das Ministerium auf die bekannten BSG-Urteile zu den Investitionskosten beruft, verteidigte der Pflegefachmann von Ministerin Steffens. **Leßmann**: "Es wird sicherlich schmerzhaft Anpassungsbedarfe bei Einrichtungen geben, die bisher auf fiktiver Basis abgerechnet haben." Zulässig sei nur noch die Erstattung der echten, nachgewiesenen Aufwendungen, Pauschalen auf Intervention der Landesregierung noch bei Instandhaltung und Auslastung möglich. Aber Quersubventionierungen von zu viel erhobenen Investkosten für einen notleidenden Betrieb seien nicht mehr möglich. Miet- und Eigentumsmodell sollten einer Gleichbehandlung unterliegen, **Leßmann** bezog sich auf die im Entwurf stehende Frist von nur 5 Jahre IK-Sicherheit und brachte Übergangsregelungen und denkbare Ausnahmeregelungen "im begründeten Fall" ins Spiel.

Wie sich die APG-DVO nach heutigem Stand auswirken würde, machten **Markus Bienentreu** und **Hermann Josef Thiel** aus Investoren- und Betreibersicht klar. Am Beispiel eines freigemeinnützigen Musterheims mit 80 Plätzen und nahezu Vollauslastung erläuterten sie, wie das Heim ins Minus rutscht, in Existenznot gerät und die Miete nicht mehr bedienen kann. Da das kein Einzelfall wäre, würden Investoren nicht mehr auf das unsichere Terrain Pflegeimmobilie gehen. Folge: Die Kommunen und das Land sind ohnehin finanziell klamm und können kaum noch agieren, (private) Investoren ziehen sich aus dem Pflegeimmobilienmarkt zurück - neue

Heime gibts nicht mehr, alte prägen den Bestand. Ein Fiasko für die Branche, die Mitarbeiter, denen kein attraktives Arbeitsumfeld geboten werden kann, und für die Pflegebedürftigen, die auf die stationäre Pflege angewiesen sind und in suboptimalen Einrichtungen leben müssen.

Auch wenn das NRW-Pflegeministerium stark auf eine Vielzahl neuer **anbieterverantworteter Wohngemeinschaften** setzt - unklar ist, wer die nach den Erfahrungen in der stationären Pflege überhaupt finanzieren würde.

Der Pflegemarkt wäre durchaus attraktiv, auch für Investoren, die das erforderliche Kapital einbringen müssen. Investor **Georg Heinze** unterstrich, die **Aachener Grund** habe aktuell in NRW drei Heime, die das Unternehmen kaufen könnte und wollte - aber die politische Lage mit der GEPA-Hängepartie sei zu unsicher. Er appellierte zudem an Leßmann: "Auf neue Rahmenbedingungen bei Neubauten könnten wir uns einstellen, aber durch die Änderung der Investitionskostenregelungen im Mietmodell erwarten wir in unserem Portfolio ein Wertabschreibung von 10 bis 20 Prozent. Das ist reine Kapitalvernichtung. Herr Leßmann, schützen Sie die Altverträge. **Wir wollen Verlässlichkeit von der Politik.**"

Dem konnten sich alle Teilnehmer der Konferenz anschließen.

Mehr dazu ausführlich in CARE INVEST 16-2014.